



DGSP – Zeltinger Straße 9 – 50969 Köln

Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel  
Ministerpräsident\*innen der Länder

z. K.:

Integrationsbeauftragte Frau  
Widmann-Mauz  
Integrationsbeauftragte der Länder

## Bundesgeschäftsstelle:

Zeltinger Strasse 9  
50969 Köln  
Telefon (0221) 51 10 02  
Telefax (0221) 52 99 03  
E-Mail: info@dgsp-ev.de  
Internet: www.dgsp-ev.de



Mitglied der  
World Federation  
of Mental Health



## Corona in Afghanistan geht alle an

25.02.2021

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

sehr geehrte Ministerpräsident\*innen,

der Fachausschuss Migration der *Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie* (DGSP) schätzt Ihre Bemühungen um einen vernünftigen, verantwortlichen Umgang mit der Covid-19 Pandemie. Dass Unstimmigkeiten diskutiert werden müssen und auch Fehleinschätzungen unterlaufen, ist bei allen Unwägbarkeiten kaum zu vermeiden.

### **Ein Fehler allerdings ist aus unserer Sicht unverzeihlich und eindeutig vermeidbar: Abschiebungen in Pandemiezeiten, insbesondere nach Afghanistan**

Auch hinsichtlich der Abschiebep Praxis fordert uns die Pandemie heraus, nicht ausschließlich national zu denken. Deshalb muss dieses Thema unbedingt bei Ihrer nächsten Runde, bei der es um die Bekämpfung der und zum Schutz vor der Pandemie geht, berücksichtigt werden. Was den Gesundheitsschutz betrifft beunruhigt uns sehr, dass Deutschland seit Dezember 2020 wieder angefangen hat, monatlich Sammelabschiebungen nach Kabul durchzuführen.

Das Auswärtige Amt warnt vor Reisen nach Afghanistan und fordert *deutsche* Staatsangehörige auf, Afghanistan zu verlassen. Ab 31. Januar 2021 wurde Afghanistan als **Hochinzidenzgebiet mit besonders hohem Infektionsrisiko** eingestuft. Festgestellt wurde, dass Afghanistan von COVID-19 besonders stark betroffen ist, und dass das Gesundheitssystem den Belastungen nicht standhält. Darüber hinaus ist das Risiko in

Afghanistan psychisch zu erkranken sehr groß und eine angemessene Behandlung für bereits psychisch erkrankte Menschen ist aussichtslos. Leider ist es für viele Flüchtlinge kaum möglich, die massiven gesundheitlichen Auswirkungen von Krieg, Folter und anderen Formen schwerer Gewalt im Asylverfahren geltend zu machen. Asylsuchende werden auch abgeschoben, wenn sie an einer lebensbedrohlichen oder schwerwiegenden Erkrankung leiden, die sich durch die Abschiebung wesentlich verschlechtern würde. Das sind oftmals schwere psychische Erkrankungen wie Psychosen, schwere Depressionen oder posttraumatische Belastungsstörungen.

Trotz alledem ist die nächste Sammelabschiebung nach Afghanistan, wie wir aktuellen Informationen entnehmen, bereits wieder für den 9.März geplant.

### **Sollen also nur deutsche Bürger\*innen gegen die Pandemie geschützt werden? Ist nicht jedes Menschenleben gleich viel wert?**

Die derzeitigen Abschiebungen werden eindeutig auch vom Vorsitzenden der EKD Heinrich Bedford-Strohm und Diakonie-Präsident Michael Bammessel für unverantwortlich gehalten. Bei gleichzeitigem Hinweis auf die zunehmend gefährlichere Sicherheitslage in dem Land plädieren beide dafür Abschiebungen wegen der Corona-Pandemie auszusetzen. Die Gewalt in Afghanistan habe wieder erheblich zugenommen. «Menschen, die in Deutschland Schutz gesucht haben, bewusst einer solchen Gefahr auszusetzen, widerspricht unseren humanitären Traditionen», teilte Bedford-Strohm am Freitag mit. Es sei unmenschlich, jetzt Menschen zurückzuschicken.

### **Afghanistan steht vor einer neuen Welle von COVID-19**

Bereits am 17.12.2020 warnte die UN-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Deborah Lyons: »Afghanistan steht vor einer neuen Welle von COVID-19. Die Auswirkungen dieser Pandemie waren bereits verheerend. Die zweite Welle im Winter wird voraussichtlich noch viel schädlicher sein als die erste Frühjahrs-Wellen. Hunger und Unterernährung haben zugenommen und die Lebensgrundlagen sind erodiert«.

Die wirtschaftlichen Folgen sind verheerend. Rückkehrer aus dem westlichen Ausland haben selbst auf dem Tagelöhnermarkt keine realistische Aussicht eine Arbeit zu finden ( Gutachten der Sachverständigen Eva Catharina-Schwörer). Darüber hinaus sehen Taliban Rückkehrer als Verräter an. Suchen sie gezielt auf und setzen sie massiv unter Druck. Selbst wenn jemand noch Verwandte in Afghanistan hat, kann er kaum Kontakt zu ihnen aufnehmen, weil dann die ganze Verwandtschaft von den Taliban mit Repressalien bedroht wird.

### **Die Pandemie potenziert die Gefahren**

Einen eindrucksvollen Brief an Ministerpräsident Söder gegen die Abschiebungen nach Afghanistan haben neben anderen die Holocaust-Überlebenden Esther Bejarano und Ernst Grube unterschrieben (vgl. <https://www.change.org/p/bundeskanzlerin-angela-merkel-keine-abschiebungen-nach-afghanistan/u/28465470>).

In diesem Brief vom 1.2.2021 heißt es u.a.: »Schon vor mehreren Jahren haben Auschwitz-Überlebende ein „11. Gebot“ formuliert: „Du sollst nicht gleichgültig sein. Gleichgültigkeit tötet.“ Die Abschiebung in Kriegs- und Krisengebiete ist ein Unrecht, das uns nicht gleichgültig lassen kann. Nach unserer festen Überzeugung ist eine Abschiebung nach Afghanistan schon ohne „Corona“ lebensgefährlich. Täglich müssen wir von Anschlägen in Kabul und in den verschiedenen Landesteilen Afghanistans Kenntnis nehmen. Der UNHCR stellte schon im August 2018 fest, dass die Lage unsicherer wurde und Kabul keine innerstaatliche Fluchtalternative bietet. Seitdem ist die Lage noch schlimmer geworden. Umso weniger ist nachvollziehbar, mitten in einem Lockdown in Deutschland lebende Geflüchtete zusammen mit mehreren Dutzend Polizeibeamten auf die Reise zu schicken. Ein negativer SARS-CoV2-Test ist keine Garantie dafür, sich während eines solchen Fluges nicht anzustecken, bei dem viele verzweifelte und möglicherweise schreiende und hustende Menschen auf engstem Raum zusammengepfercht sind.«

### **Afghanistan: das unsicherste Land der Welt**

Die Pandemie potenziert die Gefahren, die an sich schon Grund genug sind von Abschiebungen nach Afghanistan abzusehen.

Laut dem Global Peace Index im Jahr 2020 war Afghanistan zum zweiten Mal in Folge das unsicherste Land der Welt und zeichnete sich auch in den Vorjahren schon durch eine - für Rückkehrer noch erhöhte - extrem gefährliche Sicherheitslage aus.

Wir bitten Sie dringend, sich dieses Themas anzunehmen und auf Innenminister Seehofer einzuwirken, Abschiebungen nach Afghanistan auszusetzen. **Gleichgültigkeit tötet.**

**Deutsche Gesellschaft für**

**Soziale Psychiatrie e.V. -DGSP-**

Der Vorstand

  
i.A. Daniela Glagla